

## Protokoll 165. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 6. März 2013, 17.00 Uhr bis 19.52 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: 1. Vizepräsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Margrit Haller (SVP), Ratspräsident Albert Leiser (FDP), Heinz Schatt (SVP), Kathy Steiner (Grüne), 1 Sitz vakant

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2012/341](#) Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan und Bauordnung Wache Wasserschutzpolizei am Mythenquai, Zürich Enge, Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich
3. [2012/438](#) \* Postulat der AL-Fraktion vom 21.11.2012: STP  
E Archiv der Stiftung Sammlung Bührle, Ermöglichung des vollständigen Zugangs für die unabhängige Provenienzforschung sowie Regelung des Zugangs durch ein öffentlich einsehbares Reglement
4. [2013/39](#) \* Postulat von Alan David Sangines (SP) und Mario Mariani (CVP) PV  
E vom 06.02.2013:  
Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten
5. [2013/40](#) \* Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013: VS  
E Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bericht nach Abschluss der Testphase
6. [2013/42](#) \* Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchliger (SD) VHB  
E vom 06.02.2013:  
Reservezone im Gebiet Tobelhof, Zuweisung zur Freihaltezone
7. [2013/43](#) \* Postulat von Patrick Blöchliger (SD) und Christoph Spiess (SD) VTE  
E vom 06.02.2013:  
Entfernung von Verkehrshindernissen in den von den VBZ-Buslinien befahrenen Strassen

- |     |                          |         |  |     |
|-----|--------------------------|---------|--|-----|
| 8.  | <a href="#">2013/28</a>  | *<br>** | Postulat der AL-Fraktion vom 30.01.2013:<br>Areal der ehemaligen Oerlikon-Contraves an der Binzmühle-/<br>Birchstrasse, Prüfung einer Planungszone   | -   |
| 9.  | <a href="#">2012/449</a> | E/A     | Dringliches Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Joachim<br>Hagger (FDP) vom 03.12.2012:<br>Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt   | VTE |
| 10. | <a href="#">2010/388</a> | A       | Postulat von Marianne Aubert (SP) und Beatrice Reimann (SP)<br>vom 15.09.2010:<br>Kostenfreie Nutzung des öffentlichen Verkehrs an<br>Veranstaltungen mit sehr hohem Personenaufkommen                                   | VIB |
| 11. | <a href="#">2010/389</a> | A       | Postulat von Florian Utz (SP) und Linda Bär (SP) vom<br>15.09.2010:<br>Abschaffung des ZVV-Nachtzuschlags  | VIB |
| 12. | <a href="#">2010/390</a> | A       | Postulat von Linda Bär (SP) und Florian Utz (SP) vom<br>15.09.2010:<br>Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»- Abonnements, Ausdehnung<br>auf das Netz der VBZ   | VIB |
| 13. | <a href="#">2010/414</a> | A       | Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Monika Erfigen (SVP)<br>vom 29.09.2010:<br>Lautsprecherdurchsagen der VBZ, Sicherstellung durch<br>Personen, deren Muttersprache Schweizerdeutsch ist                            | VIB |
| 14. | <a href="#">2010/475</a> | E/A     | Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne)<br>vom 17.11.2010:<br>Erarbeitung eines kommunalen Versorgungsplans Energie als<br>Bestandteil der räumlichen Entwicklungsstrategie der Stadt<br>Zürich | VIB |
| 15. | <a href="#">2011/90</a>  | E/A     | Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD)<br>vom 23.03.2011:<br>Ausstieg aus der atomaren Stromproduktion ohne<br>Beeinträchtigung von Natur und Landschaft  | VIB |
| 16. | <a href="#">2011/107</a> | E/A     | Postulat von Philipp Käser (GLP) und Martin Luchsinger (GLP)<br>vom 06.04.2011:<br>Einsatz von Hybridbussen auf dem Netz der VBZ   | VIB |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

### 3658. 2013/56 Ratsmitglied Michèle Halser-Furrer (EVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Michèle Halser-Furrer (EVP 11) auf den 28. Februar 2013 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3659. 2013/62 Erklärung der SP-Fraktion vom 06.03.2013: Unbewilligte Demonstration der Binz-AktivistInnen vom 02.03.2013, polizeiliche Intervention

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Freiräume sind kein Freipass für Zerstörungswut

Die SP-Fraktion ist schockiert über das Ausmass der Zerstörungen, die eine unbewilligte Demonstration aus dem Kreis der Binz-BesetzerInnen in den Stadtkreisen 3 und 4 hinterlassen hat. Unter anderem mit der Plünderung eines Ladens an der Langstrasse durch Demonstrations-Teilnehmende hat dieses Ereignis eine Dimension angenommen, die wir sonst nur aus der Ferne kennen.

Wir verurteilen diese Gewalt und die von der Demonstration verursachten Schäden an privaten und öffentlichen Einrichtungen klar. Die SP-Fraktion hat sich in der Vergangenheit gegenüber den Anliegen der Binz-BesetzerInnen aufgeschlossen gezeigt. Auch wir anerkennen das Bedürfnis nach Freiräumen und setzen uns für einen pragmatischen und unaufgeregten Umgang mit Hausbesetzungen ein. Die Familie Schoch – die Binz-BesetzerInnen – haben aber mit ihrer späten Distanzierung von den gewalttätigen Aktionen sehr viel Verständnis und Sympathien verspielt.

### 3660. 2013/63 Erklärung der SVP-Fraktion vom 06.03.2013: Unbewilligte Demonstration der Binz-AktivistInnen vom 02.03.2013, polizeiliche Intervention

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rot/grüne Duldungspolitik lässt Zürich erneut brennen

Was in der Nacht vom Samstag, 2. März auf Sonntag 3. März 2013 in den Strassen der Stadtkreise 3 und 4 passierte, ist an Intensität, an Zerstörung, kaum zu überbieten: Im seit Monaten illegal besetzten Binz-Areal versammelten sich hunderte meist vermummte Chaoten, um etwas später mit einer immensen Zerstörungswut in einem regelrechten Saubannerzug von diesem besetzten Areal im Kreis 3 zum Helvetiaplatz im Kreis 4 zu ziehen. Während des ganzen Marsches, welcher über eine Stunde dauerte, richteten die Demonstranten unbehelligt und mit lautem Getöse enorme Sachschäden an privatem und öffentlichem Eigentum an. Die Zerstörungswut der finsternen Gestalten kannte keine Grenzen. Zudem plünderten sie ein Lebensmittelgeschäft unter den Augen zahlreicher Schaulustiger. Solche Menschen sind Verbrecher und gehören mit aller Härte des Gesetzes bestraft. Die Polizei schritt erst viel zu spät, nach den Sachbeschädigungen und nach der Plünderung, in der Gegend des Helvetiaplatzes ein. Verhaftet wurde einmal mehr aus bis anhin unerklärlichen Gründen niemand. Am Tag danach zeigte sich ein Bild der Zerstörung.

Dass sich im illegal besetzten Binz-Areal in einer eigentlich rechtsfreien Zone eine Brut äusserst gewalttätiger anarchistischer Chaoten bilden konnte, dafür trägt der rot/grüne Stadtrat die Verantwortung. Er lehnt es seit Jahren ab, illegal besetzte Liegenschaften, insbesondere das besagte Areal, zu räumen. Diese verheerende linke Politik des Duldens und des Zusehens hat abermals kläglich versagt. Selten bis nie wurden illegal besetzte Liegenschaften freiwillig und friedlich geräumt. Das bleiben Träume, die Beispiele der Vergangenheit zeigen das deutlich. Die Aussagen linker ParlamentarierInnen noch vor wenigen Wochen in

diesem Rat, wie friedlich die Binz-Aktivist:innen seien, lösten sich regelrecht in Luft auf. Die Realität zeigt sich an den schlimmen Bildern der Umgebung nach der Chaosnacht. Distanziert von der immensen Gewalt oder entschuldigt für die massiven Sachbeschädigungen haben sich die in den Medien jeweils verumumt und anonym auftretenden Personen der Binz-Besetzer ebenfalls nie. Diese Leute wissen wohl genau, warum sie sich jeweils bis zur Unkenntlichkeit verschleiern.

Klar ist, dass sich auf dem besetzten Binz-Areal ein zweites Wohlgröth entwickelt. Und zu was das führt, wissen die meisten Personen in diesem Saal: Anarchie, Chaos, Gewalt! Die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden haben die Nase gestrichen voll vom Chaotum in Zürich. Sie sind jedes Mal die Leidtragenden. Ihre Scheiben werden zertrümmert, ihre Autos werden angezündet und ihre Hauswände werden verschmiert. Wie ist es möglich, dass in Zürich Chaoten ungehindert während Stunden wild randalieren und ein Lebensmittelgeschäft plündern können? Gelten für diese Menschen andere Gesetze? Fatal ist, dass Polizeivorsteher Leupi offensichtlich bis zur jetzigen Stunde aus der Chaosnacht der letzten Woche nichts gelernt hat. Worte der Entrüstung nützen nichts, wenn anschliessend keine wirksamen Taten folgen. Dass das besetzte Binz-Areal immer noch nicht geräumt wurde, ist fahrlässig. Ungehindert können dort die nächsten Chaostage vorbereitet und minuziös geplant werden. Leidtragend sind anschliessend wiederum die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden.

Der Zenit des Zusehens und des Duldens von Seiten des gesamten Stadtrats ist definitiv überschritten. Die SVP erwartet von der städtischen Regierung, in Zukunft keine illegalen Hausbesetzungen mehr zu dulden. Illegal besetzte Häuser müssen sofort polizeilich geräumt werden. Bei illegalen Demonstrationen muss die Polizei den klaren Auftrag erhalten, sofort und ohne Wenn und Aber einzugreifen und diese aufzulösen. Zudem sind in beiden Fällen rigorose Personenkontrollen durchzuführen. Gesetze müssen in Zürich auch für Chaoten gelten! Setzt der Stadtrat die SVP-Forderungen nicht um, macht er sich bei weiteren Randalierereien oder Plünderungen weiterhin klar und unmissverständlich mitschuldig.

### 3661. 2013/64

#### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 06.03.2013:**

#### **Unbewilligte Demonstration der Binz-Aktivist:innen vom 02.03.2013, polizeiliche Intervention**

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Toleranz verspielt!

Auf der Homepage der Stadtpolizei Zürich sind der Auftrag und das Versprechen der Stadtpolizei in einem Leitsatz nachzulesen:

„Wir sorgen in der Stadt Zürich für die Beachtung der Gesetze sowie für die Sicherheit von Personen und Eigentum.“

Die Stadtpolizei konnte diesen Leitsatz am vergangenen Wochenende nur teilweise erfüllen. Gesetze wurden von den Besetzern der Binz vorsätzlich gebrochen. Chaoten zerstörten und plünderten schliesslich in einem Saubannerzug ungehindert privates Eigentum. Die FDP fragt sich, wie das überhaupt möglich war. Schliesslich war der Stadtpolizei und auch der politischen Führung schon länger bekannt, dass eine illegale Party auf dem Areal der Binz stattfinden würde. Über elektronische Medien wurde durch die Besetzer der Binz zu einer unbewilligten Party mit einer rollenden Demonstration mit, Zitat aus dem Mail „... reichlich Dezibel ...“, aufgerufen.

Die FDP der Stadt Zürich hat weder Verständnis für die illegalen Handlungen der Besetzer des Binz Areals, noch Verständnis gegenüber der passiven Haltung der Stadtpolizei und deren politischen Führung.

Die angemeldete anarchistische, gesetzbrechende Haltung der Besetzer hätte die Stadt dazu veranlassen müssen, von Anbeginn an mit einem grösseren Polizeiaufgebot zu intervenieren.

Auch scheint die Führung der Polizei nach den Erfahrungen vom letzten Jahr mit Krawallen am Bellevue und am Central zu wenig in Richtung einer Pikett-Alarmierung und einer frühzeitigen Disposition möglicher Einsatzszenarien unternommen zu haben. Faktisch ist dies ein Führungsversagen der politischen Führung und des Kommandos, bei welchem letztlich Polizistinnen und Polizisten im Fronteinsatz in massiver Unterzahl einer gewaltbereiten Schar gegenüberstellen mussten.

Noch mehr befremdet die FDP allerdings die Reaktion von linken und grünen Politikern und Exponenten. Die Ausschreitungen zu verurteilen und praktisch im gleichen Atemzug Toleranz für die Anliegen der Besetzer zu fordern, ist heuchlerisch. Der in einem Tages-Anzeiger-Artikel (Zitat): „eine gewisse Vehemenz und Gewalt“ duldende Stadtratskandidat Wolff findet den Gesetzesbruch gar unwidersprochen normal und ruft damit munter weiter zur Anarchie auf!

So geht es nicht! Die Toleranz für das Anliegen der Binz-Besetzer ist definitiv verspielt!

Die FDP fordert den Stadtrat auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass das besetzte Areal auf der Binz geräumt wird. Auch ist umgehend das von der FDP mit einem Vorstoss längst geforderte Alarmierungskonzept

der Stadtpolizei zur raschen Mobilisierung von Einsatzkräften umzusetzen. Es kann nicht sein, dass wir Woche für Woche wiederkehrend in Medienberichten von Zerstörung und unbewilligten Saubannerzügen lesen müssen. Um dies zu verhindern muss nun der Stadtrat zusammen mit dem Kommando der Stadtpolizei die Hausaufgaben lösen, bevor es zu einer Strafaufgabe wird.

### 3662. 2013/65

#### **Erklärung der Grüne-Fraktion vom 06.03.2013:**

#### **Unbewilligte Demonstration der Binz-Aktivistinnen vom 02.03.2013, polizeiliche Intervention**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Demo für Freiräume ja – Verwüstungen nein

In Zürich wird gebaut, intensiv, und sehr oft nicht mit der nötigen Rücksicht auf gewachsene Strukturen. Es winken grosse Gewinne und dementsprechend stark sind die Interessen, die dahinter stehen. Natürlich reagiert die Politik, wenn auch vielerorts zu spät. Noch 2009 lehnte es der Stadtrat ab, sich dezidiert für den Kauf des Binz-Areals einzusetzen. Eine verpasste Chance.

An dieser Diskussion beteiligen sich immer wieder Personen und Gruppen, die das auf unkonventionelle, durchaus auch kreative und witzige Art und Weise, und mit viel Herzblut tun. In besetzten Liegenschaften wird oft ein Modus Vivendi gefunden, der die gegenläufigen Interessen von Investoren und HausbesetzerInnen auf Zeit unter einen Hut bringt. Auch Demonstrationen, die diese Problematik auf den Punkt bringen, haben ihre Berechtigung.

Wenn aber eine Demonstration, die die Widersprüche der aktuellen Situation aufzeigen will, zu einem flächendeckenden Verwüstungszug wird, hat das mit einer politischen Diskussion nichts mehr zu tun. Ob Kings Curry, ein griechischer Spezialitätenladen, der Caritas-Laden oder die Heilsarmee: Alle haben Sachbeschädigungen zu beklagen. Damit werden gerade auch diejenigen bestraft, die ebenso unter der Misere der teuren Preise leiden.

Alle bisher bekannten Informationen deuten darauf hin, dass von Anfang an die Konfrontation mit der Polizei gesucht worden ist. Wenn ein Demonstrationzug überall, wo er durchkommt, versprayte Häuserfassaden und beschädigte Autos zurücklässt, dann ist klar, was passiert. Die Polizei greift ein, das ist ihr Auftrag. Niemand in dieser Stadt kann so naiv sein zu glauben, dass unter diesen Umständen eine friedliche Party stattfinden könne. Und sich dann noch zu beklagen, dass die Polizei eine friedliche Veranstaltung habe zu einem Chaos ausarten lassen, ist schon beinahe zynisch. So wurde die Forderung „Kein Abriss auf Vorrat!“ letzten Samstag komplett ins Irreale katapultiert.

Was aber schwerer wiegt: In der Stadt Zürich haben wir in den letzten Jahren zu einem relativ entspannten Umgang mit Hausbesetzungen gefunden. Genau eine solche Politik ist mit dieser gewalttätigen Demonstration am letzten Samstag massiv gestört worden. Und das ist das Zeichen, das leider weit über die Ereignisse vom letzten Samstag hinausreichen wird.

### 3663. 2013/66

#### **Erklärung der AL-Fraktion vom 06.03.2013:**

#### **Unbewilligte Demonstration der Binz-Aktivistinnen vom 02.03.2013, polizeiliche Intervention**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Erklärung der AL-Fraktion zur Binz

Eine Stadt wie Zürich braucht gesellschaftliche Freiräume, wo sich – jenseits von staatlicher Gängelung und kommerzieller Vereinnahmung - alternative Lebensmodelle und neue Kreativität entwickeln können. Jede Generation erkämpft sich solche Räume von neuem. Angesichts der voranschreitenden Umnutzung noch vorhandener Brachen sind in unserer Stadt aktuell gleich mehrere dieser kreativen Nischen auf Zeit bedroht. Ende März kommt das Aus für die Autonome Schule Zürich in der Baracke auf dem Güterbahnhof, Ende Mai für die Binz, in einem Jahr für den Autonomen Beauty-Salon auf dem Labitzke-Areal.

Die grosse Party auf dem Binz-Areal vom letzten Samstag mit 4'000 Besucherinnen und Besuchern und der anschliessende Umzug müssen in diesem Kontext der Verdrängung gesehen werden. Die Politik muss sich fragen, warum es zu solchen Demonstrationen kommt. Die dabei ausgeübte Gewalt lehnen wir ab.

Wir begrüßen es, dass Polizeivorstand und Stadtrat trotz imperativer Forderungen der SVP und Teilen der FDP weiterhin an seiner Politik festhalten will, besetzte Areale nicht auf Vorrat zu räumen, solange keine Neunutzung oder ein Abbruch ansteht. Die gestern medienwirksam inszenierte Gross-Razzia auf dem Binz-Areal hingegen war unverhältnismässig.

## G e s c h ä f t e

### 3664. 2012/341

**(2011/493 - Weisung vom 14.12.2011)**

**Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan und Bauordnung Wache Wasserschutzpolizei am Mythenquai, Zürich Enge, Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich, Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich**

Ausstand: Gabriele Kisker (Grüne)

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 2692 vom 23. Mai 2012 wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Das Baurekursgericht des Kantons Zürich hat mit dem Entscheid vom 1. Februar 2013 den Rekurs gutgeheissen.

Zur Fristwahrung hat der Stadtrat gegen den gutgeheissenen Rekurs vorsorglich Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich erhoben. Gemäss § 155 Gemeindegesetz (GG) entscheidet der Gemeinderat, ob die Gemeinde den Rechtsweg beschreiten soll. Dieser Entscheid kann nachgebracht werden, wenn die Gemeindevorsteherschaft das Rechtswittel bereits ergriffen hat.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der Spezialkommission HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift der Rekurrentin vom 10. September 2012
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 12. September 2012 betreffend Vernehmlassungsfrist
- Replik der Rekurrentin vom 16. November 2012
- Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 1. Februar 2013 (R1S.2012.05108)

Antrag des Büros:

Der Gemeinderat Zürich erhebt beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, gestützt auf § 155 Gemeindegesetz (GG), Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 1. Februar 2013 (R1S.2012.05108) zum Rekurs gegen die Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan und Bauordnung Wache Wasserschutzpolizei am Mythenquai, Zürich Enge.

Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird beauftragt, die Beschwerdeschrift beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich einzureichen unter Mitteilung an das Büro, die Spezialkommission HBD/SE und die Fraktionspräsidien.

Referent zur Vorstellung des Rekurses: Alecs Recher (AL)

## Schlussabstimmung

Die Mehrheit des Büros beantragt Zustimmung zum Antrag.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des Antrags.

Mehrheit: Alecs Recher (AL), Referent; 1. Vizepräsident Martin Abele (Grüne), 2. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Mark Richli (SP)  
 Minderheit: Gian von Planta (GLP), Referent  
 Enthaltung: Präsident Albert Leiser (FDP), Mauro Tuena (SVP)  
 Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat Zürich erhebt beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, gestützt auf § 155 Gemeindegesetz (GG), Beschwerde gegen den Entscheid des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 1. Februar 2013 (R1S.2012.05108) zum Rekurs gegen die Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan und Bauordnung Wache Wasserschutzpolizei am Mythenquai, Zürich Enge.

Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird beauftragt, die Beschwerdeschrift beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich einzureichen unter Mitteilung an das Büro, die Spezialkommission HBD/SE und die Fraktionspräsidien.

Mitteilung an den Stadtrat

**3665. 2012/438**

**Postulat der AL-Fraktion vom 21.11.2012:**

**Archiv der Stiftung Sammlung Bührle, Ermöglichung des vollständigen Zugangs für die unabhängige Provenienzforschung sowie Regelung des Zugangs durch ein öffentlich einsehbares Reglement**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3666. 2013/39**

**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Mario Mariani (CVP) vom 06.02.2013:  
 Fahrverbot auf dem Trottoir bei der Bushaltestelle des Bahnhofs Altstetten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3667. 2013/40**

**Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013:  
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bericht nach Abschluss der Test-  
phase**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3668. 2013/42**

**Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 06.02.2013:  
Reservezone im Gebiet Tobelhof, Zuweisung zur Freihaltezone**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Urs Egger (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3669. 2013/43**

**Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 06.02.2013:  
Entfernung von Verkehrshindernissen in den von den VBZ-Buslinien befahrenen  
Strassen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Min Li Marti (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat



**3670. 2013/28****Postulat der AL-Fraktion vom 30.01.2013:  
Areal der ehemaligen Oerlikon-Contraves an der Binzmühle-/Birchstrasse,  
Prüfung einer Planungszone**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Niklaus Scherr (AL) vom 27. Februar 2013 (vergleiche Protokoll-Nr. 3628/2013)

Die Dringlicherklärung wird von 39 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**3671. 2012/449****Dringliches Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Joachim Hagger (FDP) vom  
03.12.2012:  
Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alexander Jäger (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3378/2012).

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. Dezember 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Dringliche Postulat wird mit 95 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3672. 2010/388****Postulat von Marianne Aubert (SP) und Beatrice Reimann (SP) vom 15.09.2010:  
Kostenfreie Nutzung des öffentlichen Verkehrs an Veranstaltungen mit sehr hohem Personenaufkommen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Marianne Aubert (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 511/2010).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Marianne Aubert (SP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**3673. 2010/389****Postulat von Florian Utz (SP) und Linda Bär (SP) vom 15.09.2010:  
Abschaffung des ZVV-Nachtzuschlags**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 512/2010).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 38 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3674. 2010/390****Postulat von Linda Bär (SP) und Florian Utz (SP) vom 15.09.2010:  
Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»- Abonnements, Ausdehnung auf das Netz der  
VBZ**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Linda Bär (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 513/2010).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Joachim Hagger (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ~~wie er~~ wie er auf den ZVV hinwirken kann, den Gültigkeitsbereich des «Gleis 7»-Abonnements der SBB auf das Netz der VBZ ~~ausgedehnt werden kann.~~ auszudehnen.

Linda Bär (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 80 gegen 36 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3675. 2010/414****Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 29.09.2010:  
Lautsprecherdurchsagen der VBZ, Sicherstellung durch Personen, deren Muttersprache Schweizerdeutsch ist**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 566/2010).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Dr. Martin Mächler (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass durch Lautsprecher verbreitete Mitteilungen der VBZ nur in einem helvetischen Hochdeutsch gesprochen werden. ~~von Personen gesprochen werden, deren Muttersprache Schweizerdeutsch ist.~~

Dr. Daniel Regli (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 27 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3676. 2010/475**

**Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) vom 17.11.2010:  
Erarbeitung eines kommunalen Versorgungsplans Energie als Bestandteil der  
räumlichen Entwicklungsstrategie der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 766/2010).

Ruggero Tomezzoli (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Dezember 2010 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Motion wird mit 79 gegen 37 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3677. 2011/90**

**Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 23.03.2011:  
Ausstieg aus der atomaren Stromproduktion ohne Beeinträchtigung von Natur  
und Landschaft**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christoph Spiess (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1170/2011).

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. April 2011 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 64 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3678. 2011/107****Postulat von Philipp Käser (GLP) und Martin Luchsinger (GLP) vom 06.04.2011:  
Einsatz von Hybridbussen auf dem Netz der VBZ**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Philipp Käser (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1214/2011).

Ruggero Tomezzoli (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. Mai 2011 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 91 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**3679. 2013/67****Postulat von Alan David Sangines (SP) und Dr. Davy Graf (SP) vom 06.03.2013:  
Quartierplatz Grünau, Verzicht auf die Aufhebung des Wasserbeckens**

Von Alan David Sangines (SP) und Dr. Davy Graf (SP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei der Renovation des Quartierplatzes in der Grünau auf die Aufhebung des Wasserbeckens verzichten oder einen entsprechenden Ersatz zur Verfügung stellen kann.

Begründung:

Das Wasserbecken auf dem Quartierplatz ist für die Anwohnerinnen und Anwohner in der Grünau äusserst beliebt. Besonders Familien und Kindertagesstätten beanspruchen und geniessen diese Abkühlungs- und Spielmöglichkeit rege. Entsprechend gross ist auch der Widerstand und die Enttäuschung der Anwohnerinnen und Anwohner über die Aufhebung dieses Wasserbeckens nach der anstehenden Renovation des Quartierplatzes.

Bei der anstehenden Renovation handelt es sich um ein Provisorium. Wie der definitive Quartierplatz einmal aussehen wird, ist noch nicht bekannt. Da die Planung des definitiv renovierten Quartierplatzes erst in unbestimmter Dauer abgeschlossen sein wird, ist zu befürchten, dass der provisorische Quartierplatz von einem beliebten Aufenthaltsort zu einer kargen Landschaft wird.

Die Renovation ist aus sicherheitstechnischen Überlegungen dringlich, die Tiefgarage von der Traglast zu befreien. Dennoch ist nicht einzusehen, weswegen die Renovation nicht so erfolgen, dass das Wasserbecken erhalten bleibt oder zumindest ein entsprechender Ersatz realisiert wird.

Mitteilung an den Stadtrat

**3680. 2013/68****Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 06.03.2013:  
Druck des städtischen Steuerregisters sowie öffentliche Auflage im Steueramt**

Von Rebekka Wyler (SP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie das städtische Steuerregister in gedruckter Form in den Räumlichkeiten des städtischen Steueramts der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Das Steuerregister der Stadt Zürich wurde vier Mal in Buchform publiziert, nämlich 1905, 1909, 1912 und 1931. Im Sinne einer transparenten Verwaltungsführung ist diese Praxis wieder einzuführen.

Ein öffentliches Interesse, die Informationen nicht bekannt zu geben, liegt nicht vor (vgl. § 23 IDG). Dagegen besteht ein öffentliches Interesse daran zu erfahren, wie Einkommen und Vermögen in der Stadt Zürich verteilt sind und ob das aktuelle Steuersystem bzw. seine Anwendung in der Praxis Ungerechtigkeiten hervorbringen. Dieses Interesse ist höher zu werten als ein allfälliges Interesse an einer vollständigen Geheimhaltung von Steuerdaten. Bereits heute ist es möglich, unter Angabe von Gründen die Daten einzelner Steuerpflichtiger zu erfragen. Dieser Zugang ist auszuweiten. Jedoch sollen Steuerdaten nicht unbeschränkt verbreitet werden; daher soll das Steuerregister nur in gedruckter Form zugänglich sein, und die Daten dürfen nicht kopiert werden.

Neben Informationen über die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die Auswirkungen des aktuellen Steuersystems kann die Öffentlichkeit des Steuerregisters dazu beitragen, "Steueroptimierung" und weitere, verwandte Praktiken zu verhindern. Auch leistet die Bekanntgabe der Daten einen Beitrag zur Diskussion über Lohnungleichheit.

Mitteilung an den Stadtrat

### 3681. 2013/69

#### **Postulat von Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne) vom 06.03.2013: Steigerung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität auf dem Hardplatz unter Berücksichtigung der Massnahmenvorschläge der Klimaanalyse**

Von Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Detailplanung die Aufenthalts- und Nutzungsqualität auf dem Hardplatz unter Einbezug der Anwohnenden und des umliegenden Gewerbes gesteigert werden kann. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie die Massnahmenvorschläge aus der Klimaanalyse umgesetzt werden können (Grünflächenanteil erhöhen, Unterbauung von begrünter Flächen minimieren, Versiegelungsgrad senken und Versickerung ermöglichen) und die Pflanzen und Bäume einen ökologischen Mehrwert bringen. Spezielle Beachtung verdienen auch die Fusswege und Veloverbindungen.

Begründung:

Mit der Weisung 2012/380 wird der Hardplatz zum Stadtplatz umgestaltet. Dabei müssen die bestehenden Bäume und Hecken weichen. Der Platzbereich innerhalb der Tramwendeschleufe bleibt bis auf ein paar VBZ-Abspannmasten leer und lädt somit nicht zum Verweilen ein. Rund um die VBZ-Abspannmasten könnten z. B. Rundbänke angeordnet werden oder ein Wasserelement könnte die Platzgestaltung auflockern.

Gemäss Klimaanalyse liegt der Hardplatz im Gebiet mit höchster Priorität (Massnahmegebiet 1 mit hoher Schadstoffbelastung, hoher Wärmebelastung, eher ungünstiger Durchlüftungssituation). Eine Umsetzung der Massnahmenvorschläge im Gebiet 1 leistet somit einen positiven Beitrag zum Mikroklima rund um den Hardplatz und steigert zudem die Attraktivität für die Nutzenden (z. B. Ermöglichen von schattigen Bereichen innerhalb der Tramwendeschleufe). Bei der Auswahl von Pflanzen und Bäumen ist, darauf zu achten, dass die Bepflanzung standortbezogen einen ökologischen Mehrwert bringt.

Über den Platz verlaufen viele Fusswegbeziehungen. Diese sollen bei der Gestaltung des Platzes ebenso wie auch allfällige vorhandene Quartiernutzungen (z. B. Aufstellen eines Festzeltes oder Marktstände) berücksichtigt werden. Um mögliche Konflikte zwischen Velo-fahrenden und FussgängerInnen zu vermeiden soll die Veloverbindung Sihlfeldstrasse – Hardbrücke entweder mit baulichen Massnahmen hervorgehoben oder dann klar gekennzeichnet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3682. 2013/70****Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.03.2013:****Optimierung der Buskanten bei der Haltestelle Hardbrücke**

Von Hans Jörg Käppeli (SP) und Marcel Schönbächler (CVP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen des Projektes für ein Tram über die Hardbrücke bei der Haltestelle Hardbrücke die Buskanten um 10 cm näher an das Tramgleis erstellt werden können, damit der Spalt reduziert werden kann für ein komfortableres und sicheres Ein- und Aussteigen.

**Begründung:**

Bei der künftigen Haltestelle Hardbrücke wird der Konflikt bezüglich der Höhe der Haltekante von kombinierten Tram-/Bushaltestellen elegant vermieden. Dieses erfolgreiche Modell wird damit zum zweiten Mal nach der Haltestelle Sihlpost angewendet. Die Haltestelle ist derart verlängert, dass je ein Haltebereich dem Tram bzw. dem Bus zugeordnet wird. Damit konnte der Haltebereich des Trams auf der gesamten Länge mit der hohen (30 cm), komfortablen und behindertengerechten Haltekante ausgerüstet werden. Der Busbereich ist mit der für den Bus passenden niedrigeren Haltekante ausgerüstet.

Der Abstand (1.45 m) der hohen Tramhaltekante zum Gleis richtet sich nach dem zulässigen Lichtraumprofil mit ausgeklapptem Trittbrett, bzw. dem möglichst geringen Spalt zwischen Haltekante und Trittbrett.

Leider wird aber der Mangel des Beispiels der Haltestelle Sihlpost nicht behoben. So soll die Buskante weiterhin in der Verlängerung der Tramkante erstellt werden. Dies führt dazu, dass ein Bus der möglichst nahe an der Buskante anhält, bei der Wegfahrt an der hohen Tramkante entlangschrammt und der Bus beschädigt wird. Die BusfahrerInnen wollen dies vermeiden und halten deshalb mit einem vergrösserten Abstand zur Bushaltekante an. Dadurch wird der Spalt zwischen Bus und Haltekante stark vergrössert. Damit wird der Vorteil von Niederflurbussen wieder zunichte gemacht. Das ist für Behinderte ein unüberwindbares Hindernis und für die übrigen BusbenützerInnen eine Komforteinbusse und birgt zudem eine grosse Stolpergefahr.

Dieses Problem kann vermieden werden, wenn die niedrige Buskante 10 cm näher am Gleis (Abstand 1.35 m) erstellt wird. Das ist möglich ohne dass das Tram bei ausgeklapptem Trittbrett mit der Buskante kollidiert. Es entstehen keine Mehrkosten.

Wenn die Buskante gleichzeitig noch mit dem „Kasseler Sonderbord“ ausgerüstet würde, könnten die Busse ohne Spalt an der Haltekante anhalten. Das „Kasseler Sonderbord“ ist zudem so ausgebildet, dass die Pneu geschont werden.

Wenn der Stadtrat das vom Gemeinderat am 04.07.2012 ohne Gegenstimmen überwiesene Postulat 2012/259 für ein Pilotprojekt „Kasseler Sonderbord“ an der Haltestelle Sihlpost noch rechtzeitig umsetzen würde, könnten die Erfahrungen genutzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3683. 2013/71****Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 06.03.2013:  
Regionale Veloroute am Seefeldquai, Umsetzung ohne Parkplatzabbau**

Von Marc Bourgeois (FDP) und Martin Bürki (FDP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die geplante regionale Veloroute am Seefeldquai ohne Parkplatzabbau umgesetzt werden kann.

**Begründung:**

Die am 22. Februar 2013 aufgelegten Pläne zur Umsetzung der regionalen Veloroute am Seefeldquai sind ohne negative Auswirkungen auf das angrenzende Wohnquartier kaum denkbar. Da das Seefeld schon heute unter einer Parkplatzknappheit für die Anwohnenden leidet, muss eine Lösung gefunden werden, bei der die bestehenden Parkplätze mit der geplanten Veloroute vereinbart werden können.

Denkbar wäre bspw., das Seefeldquai in eine Begegnungszone umzuwandeln, die Fahrspur um die Breite des auf einem Teilstück stadteinwärts führenden Velowegs zu verkleinern, die so gewonnenen Breite dem Gehweg zwischen den Parkplätzen und der Hecke zuzuschlagen und den so verbreiterten Gehweg für die

Komfortroute zu verwenden. Alternativ könnten alle Parkplätze in den stadtauswärts liegenden Teil des Seefeldquais verschoben werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3684. 2013/72**

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Philipp Käser (GLP) vom 06.03.2013:**

**Erweiterung der Richtlinien «Kunst und Bau» mit ökologischen Projekten unter dem Titel «Natur und Bau»**

Von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Philipp Käser (GLP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Richtlinien «Kunst und Bau» angepasst werden können, um sowohl Projekte unter dem Titel «Natur und Bau» wie auch «Kunst und Bau» zu ermöglichen.

Begründung:

Kunst ermöglicht der Gesellschaft eine sinnstiftende Auseinandersetzung mit sich selbst und ihrem gestalteten Lebensraum. In dieser Funktion hat sie unsere Konzepte der Natur in der Vergangenheit wesentlich beeinflusst. In einer ökologisch bewussten Gesellschaft ermöglicht sowohl die Kunst wie auch die Vielfalt der Natur eine bewusste Auseinandersetzung mit unserer unmittelbar erfahrenen Umwelt.

Durch die Erstellung von Bauwerken wird zwangsläufig Natur vernichtet und eine künstlich gestaltete Umwelt zu einem bestimmten Zweck geschaffen. Die Einführung von «Natur und Bau» kann einen wichtigen Beitrag leisten, eine Brücke vom künstlich geschaffenen Bauwerk hin zu mehr Natur im Lebensalltag der Menschen zu schlagen. Bereits kleine Eingriffe stellen sicher, dass mit der Fertigstellung des Baus neue Lebensräume für einheimische Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Mit «Natur und Bau» werden ökologische Massnahmen umgesetzt, die über die notwendigen Umgebungsarbeiten hinausgehen.

In der Kombination der beiden liegt zusätzliches Potenzial, die sowohl der Kunst- wie auch der Naturvermittlung dient und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Kunst und Wissenschaft fördern kann. Die Kategorie «Kunst und Natur und Bau» kann Kunstschaffende dazu anregen, sich mit gesellschaftsrelevanten, insbesondere mit ökologischen Themen auseinanderzusetzen. Die Kunst besitzt die Möglichkeit, naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Sachverhalte bildhaft zu veranschaulichen und Projekte zu entwerfen, die künstlerisch gestaltet sind, jedoch auch einen Nutzen für die Umwelt bringen und der Bevölkerung ein besonderes Naturerlebnis vermitteln.

Die Anpassung der Richtlinien sollen basierend auf der bestehenden gesetzlichen Grundlage für die Finanzierung von Kunst und Bau und im bisherigen finanziellen Rahmen stattfinden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3685. 2013/73**

**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 06.03.2013:**

**Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren in bestehenden Gebäuden**

Von Markus Hungerbühler (CVP) und Mario Mariani (CVP) ist am 6. März 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Bewilligungsverfahren generell in bestehenden Gebäuden vereinfacht und optimiert werden kann.

Begründung:

Obwohl die meisten Vorschriften kantonal geregelt sind, verbleibt der für den Vollzug zuständigen Gemeindebehörden oft ein erheblicher Ermessensspielraum. In letzter Zeit ist zunehmend der Eindruck entstanden, dass dieser Ermessensspielraum oft nicht oder dann höchstens zuungunsten der Projekte ausgelegt wurde. Aktuell werden beispielsweise für schulische Umbauten, wie ein Horteinbau in bestehende Gebäude, die

Vorschriften noch viel zu restriktiv ausgelegt. Heute wird in den städtischen Horten das Essen fertig vorbereitet und vakuumiert angeliefert. Die neuen Regenerierwagen stellen bezüglich Abluft usw. keine Probleme mehr dar. Die Vorschriften des städtischen Gesundheitsamtes (UGZ) berücksichtigen solche Entwicklungen zu wenig und werden aus unserer Sicht zu streng ausgelegt. Nebst den höheren Kosten benötigen solche Anlagen meistens mehr Raum, der dann für die Einrichten der Schule oft fehlt.

Unter anderem orten wir in diesem Bereich ein hohes Optimierungspotential. Verschiedene Landgemeinden liefern den Beweis, dass ein vernünftiger und angemessener Umgang mit den Vorschriften oft zweckmässige und insbesondere kostengünstigere Resultate ergibt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die sieben Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

### 3686. 2013/74

#### **Dringliche Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion und 33 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:**

#### **Strategie und Einsatztaktik im Zusammenhang mit der illegalen Party auf dem Binz-Areal**

Von der SVP-Fraktion und 33 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Nacht vom 2. März auf den 3. März 2013 versammelten sich etliche Chaoten im besetzten Binz-Areal, um etwas später in einem regelrechten Saubannerzug vom besetzten Binz-Areal im Kreis 3 zum Helvetiaplatz im Kreis 4 zu ziehen. Während des ganzen Marsches, welcher über eine Stunde dauerte, richteten die Demonstranten unbehelligt und mit lautem Getöse enormen Sachschaden an privatem und öffentlichem Eigentum an. Die Zerstörungswut kannte keine Grenzen. Zudem wurde ein Lebensmittelgeschäft unter den Augen zahlreicher Schaulustigen regelrecht geplündert. Die Polizei schritt erst viel zu spät in der Gegend des Helvetiaplatzes ein.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass eine grosse Anzahl zum Teil verummter und äusserst gewalttätiger Chaoten über eine längere Zeit und grosse Distanz ungehindert randalieren und plündern können?
2. Um welche Uhrzeit ging bei der Polizei die erste Meldung in Zusammenhang mit diesem Saubannerzug beziehungsweise mit dem Stattfinden einer illegalen Party im Binz-Areal ein? Um was für eine Meldung handelte es sich?
3. Um welche Uhrzeit und an welchem Ort schritt die Polizei in obigem Zusammenhang das erste Mal ein?
4. Standen in der besagten Nacht der Stadtpolizei genügend Personal für den unfriedlichen Ordnungsdienst zur Verfügung? Falls nein, weshalb konnten die Forderungen des Postulates 2010/99 (von Roger Bartholdi und Mauro Tuena) nicht umgesetzt werden (wie zusätzlich Personal für den Frontdienst aufgeboden, ein interner Pikettdienst aufgebaut und den Beizug von Personal aus anderen Korps)?
5. Bei welchen anderen Polizeicorps (zum Beispiel der Kantonspolizei) und um welche Uhrzeit hat die Stadtpolizei Hilfe zur Unterstützung angefordert?
6. Wie beurteilt der Stadtrat den Polizeieinsatz?
7. Wie viele Personen wurden während der "Party", der unbewilligten Demonstration und während den Ausschreitungen kontrolliert?
8. Hat die Stadtpolizei umfangreiches Foto- und Filmmaterial von den Ausschreitungen gesammelt und ausgewertet um die Täter zu überführen?
9. Wieviele Personen wurden im Zusammenhang dieser Randalierereien verhaftet?
10. Gab es im Vorfeld dieser Aktion Anzeichen, welche auf eine illegale sogenannte "Party" im besetzten Binz-Areal beziehungsweise eine Demonstration hinweisen? Wenn ja, welche und wie hat die Stadtpolizeiführung diese gewertet?
11. Wie hoch ist der angerichtete Sachschaden je an privatem und öffentlichem Eigentum? Wer bezahlt je diese Sachschäden?



12. Wann und in welchem Umfang hat die Stadtpolizei in den letzten Jahren Personenkontrollen im besetzten Binz-Areal durchgeführt? Welche Erkenntnisse hat die Stadtpolizei dabei erlangt? Wie viele Personen wurden kontrolliert und davon verzeigt? Welchen Wohnsitz, Alter, Geschlecht und Nationalität haben diese Personen (in Gruppen zusammengefasst)?
13. Etliche Chaoten sind im Anschluss an den Saubannerzug wieder im besetzten Binz-Areal verschwunden. Wann und in welchem Umfang hat die Stadtpolizei nach den Randalierereien eine Personenkontrolle im besetzten Binz-Areal durchgeführt? Hätte das Binz-Areal nicht sofort abgeriegelt werden sollen?
14. Weshalb hat man das besetzte Binz-Areal nach diesen Sachbeschädigungen nicht sofort geräumt?
15. Wie beurteilt der Stadtrat seine grundsätzliche Praxis, illegale Hausbesetzungen zu tolerieren und somit zu fördern?
16. Wie beurteilt der Stadtrat seine grundsätzliche Praxis, bei illegalen Demonstrationen, an welchen in der Vergangenheit immer auch Vermummte mitliefen und später stets in üblen Krawallen endeten, erst einmal zuzuschauen, was passiert?
17. Wie beurteilt der Stadtrat sein Vorgehen, bei illegalen Partys von Chaoten aus der Häuserbesetzerzene nicht sofort einzuschreiten und dadurch den Mob anwachsen zu lassen – wie es in diesem Beispiel erfolgt ist – und danach die Chaoten aus der Masse faktisch unbehelligt ihre Straftaten ausüben können?
18. Welches Fazit und Schlussfolgerungen zieht der Stadtrat aus diesen Plünderungen?

Mitteilung an den Stadtrat

### 3687. 2013/75

#### **Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013: Ausbau der Seebacherstrasse im Bereich der SBB-Unterführung, Optimierung der Verkehrsführung und der Sicherheit**

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Seebacherstrasse zwischen Hürstholz und Himmerstrasse befindet sich seit Jahren in einem schlechten Zustand. Auf der schmalen Strasse werden nun seit geraumer Zeit grössere VBZ-Busse eingesetzt. Das hat das Kreuzen von grossen Fahrzeugen (VBZ-Busse, Klein-Lastwagen, Traktoren) weitgehend verunmöglichlicht. Breitere Fahrzeuge weichen in Folge über den Strassenrand auf landwirtschaftlich bearbeitete Fläche aus. Die Strassenränder und angrenzende Grasnarben sind in einem lamentablen Zustand. Einzelne Signalisationspfosten sind umgefahren worden und liegen im freien Feld. Für Fussgänger und Zweiradfahrer gibt es auf dieser Strecke keinen sicheren Raum.

Das TED plant, die Seebacherstrasse im Bereich der SBB-Unterführung Hürstholz nächstens auszubauen. Die Fahrbahn soll dabei abgesenkt werden, um offenbar noch grösseren VBZ-Bussen die Durchfahrt zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie breit sind die VBZ-Busse, die an der Seebacherstrasse aktuell im Einsatz stehen?
2. Wie breit ist die Seebacherstrasse zwischen Hürstholz und Himmerstrasse?
3. Bis zu welcher Fahrzeug-Breite sind Gross-Fahrzeuge auf dieser Strecke aktuell zugelassen?
4. VBZ-Busse mit welcher Fahrzeug-Breite sind auf dieser Strecke künftig vorgesehen?
5. Wie ist es zu einer Verkehrsführung gekommen, die das angrenzende landwirtschaftlich genutzte Land derart in Mitleidenschaft zieht?
6. Warum werden die Schlaglöcher auf der Fahrbahn nicht umgehend repariert?
7. Warum duldet das TED offensichtliche Sicherheitsdefizite auf diesem Strassenabschnitt?
8. Welche baulichen Optimierungen/Anpassungen der Seebacherstrasse zwischen Hürstholz und Himmerstrasse sind für welchen Zeitpunkt vorgesehen?
9. Mit welchen Massnahmen kann die Situation an der Seebacherstrasse kurzfristig für Autofahrer, Zweiradfahrer, Fussgänger und benachbarte Landwirte verbessert werden?

Mitteilung an den Stadtrat

**3688. 2013/76****Dringliche Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP), Mauro Tuena (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:  
Umsetzung einer regionalen Veloroute im Seefeldquai, Abbau und Kompensation der 45 Parkplätze**

Von Marc Bourgeois (FDP), Mauro Tuena (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 22. Februar 2013 hat das Tiefbauamt die Pläne zur Umsetzung einer regionalen Veloroute im Seefeldquai aufgelegt. Wenig überraschend würden gleichzeitig 45 Parkplätze abgebaut, die nach Aussagen des Sprechers des Tiefbauamtes nicht kompensiert würden, weil sie angeblich nicht unter den Historischen Parkplatzkompromiss fallen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass sich die am Seefeldquai abzubauenen Parkplätze im Gebiet des Historischen Parkplatzkompromisses befinden würden?
2. Der Historische Parkplatzkompromiss bezieht sich in ihrem Wortlaut auf die „Anzahl der besucher- und kundenorientierten Parkplätze“. Wie wurde abgeklärt, ob die abzubauenen Parkplätze auch zu dieser Kategorie zu zählen sind, unabhängig von der maximalen Parkierungsdauer?
3. Gedenkt der Stadtrat, die abzubauenen Parkplätze gemäss historischem Parkplatzkompromiss oder anderweitig zu kompensieren?
4. Erwägt der Stadtrat im Sinne einer Kompromisslösung, die abzubauenen 45 Parkplätze durch die gemäss städtischer Lesart 50 überzähligen Parkplätze im nahegelegenen Parkhaus Opéra zu kompensieren?
5. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass der Abbau einer stattlichen Zahl von Parkplätzen am Rande des Seefelds zu mehr Suchverkehr im Seefeld selber führen würde?
6. Ist der Stadtrat in der Lage, vor dem Bau dieses ersten Teilstücks ein Gesamtkonzept für die regionale Veloroute zumindest zwischen dem Bellevue und dem Zürichhorn aufzuzeigen? Wie sieht dieses aus?

Mitteilung an den Stadtrat

**3689. 2013/77****Dringliche Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und 40 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013:  
Strategie und Einsatztaktik im Zusammenhang mit der illegalen Party auf dem Areal der Binz sowie Kriterien für die Räumung des Areals**

Von der FDP-Fraktion und 40 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Auf der Homepage der Stadtpolizei Zürich ist der Auftrag und das Versprechen der Stadtpolizei in einem Leitsatz nachzulesen:

„Wir sorgen in der Stadt Zürich für die Beachtung der Gesetze sowie für die Sicherheit von Personen und Eigentum.“

Die Stadtpolizei konnte diesen Leitsatz am Wochenende vom 2. März 2013 nur teilweise erfüllen. Gesetze wurden von den Besetzern der Binz vorsätzlich gebrochen. Chaoten zerstörten und plünderten schliesslich in einem Saubannerzug und ungehindert privates Eigentum.

Mit der soeben beantworteten Schriftliche Anfrage 2012/425: Illegale Party am Hottingerplatz, Strategie der Stadtpolizei und Haltung des Stadtrats, hatte die FDP bereits viele systemische Fragen im Zusammenhang mit Party und Hausbesetzung aufgenommen. Mit dem neuerlichen Vorfall sind jedoch erweiterte Sachverhalte zu klären. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gemäss verschiedenen Quellen war der Stadtpolizei aber auch den politischen Entscheidungsträgern seit geraumer Zeit bekannt, dass eine illegale Party auf dem Areal der Binz stattfinden würde. Über elektronische Medien wurde durch die Besetzer der Binz zu einer nicht bewilligten Party mit einer rol-

lenden Demonstration mit, Zitat aus dem Mail „... reichlich Dezibel ...“, aufgerufen. Seit wann hatte das Kommando, seit wann der Stadtrat Kenntnis von der Veranstaltung?

2. Die FDP der Stadt Zürich hat weder Verständnis für die illegalen Handlungen der Besetzer des Binz-Areals, noch Verständnis gegenüber der passiven Haltung der Stadtpolizei und deren politischen Führung. Vielleicht gibt es jedoch aus Sicht von Kommando und/oder Stadtpolizei Aspekte, welche die FDP in ihrer Haltung nicht bedenkt. Wenn Ja, wie lauten die Aspekte und Argumente für die Handlungsweise und Taktik, welche am 2. März 2013 geplant wurde?
3. Die angemeldete anarchistische, gesetzbrechende Haltung der Besetzer hätte die Stadt dazu veranlassen müssen, von Anbeginn an mit einem grösseren Polizeiaufgebot zu intervenieren. Was hat das Kommando, was den Stadtrat dazu bewogen, gerade im Wissen darum dass die Veranstaltung angekündigt wurde, von einer Bereitstellung genügender Polizeikräfte Abstand zu nehmen?
4. Die Führung der Polizei muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nach den Erfahrungen vom letzten Jahr mit Krawallen am Bellevue und am Central zu wenig in Richtung einer Pikett-Alarmierung und einer frühzeitigen Disposition möglicher Einsatzszenarien unternommen zu haben. Die FDP hat bereits früher den Einsatz einer Pikettalarmierung gefordert. Was sind die Gründe, warum diese Forderung bis heute nicht umgesetzt ist und was kann zur Beschleunigung der Umsetzung einer wirksamen und einfachen Pikettalarmierung beigetragen werden?
5. Die Reaktion von linken und grünen Politikern und Exponenten entspricht nicht den Aussagen, welche der Polizeivorstand nach der illegalen Veranstaltung gemacht hat. Die Ausschreitungen zu verurteilen und praktisch im gleichen Atemzug Toleranz für die Anliegen der Besetzer zu fordern, ist aus Sicht der FDP keine Lösung.  
Wie wertet die politische Führung der Stadtpolizei die politischen Tendenzen derjenigen Linkspartei, welche den Gesetzesbruch gar unwidersprochen normal toleriert und damit munter weiter zur Anarchie aufruft?
6. Wann sieht der Stadtrat die Kriterien als erfüllt an, damit das besetzte Areal Binz geräumt wird? Nach welchen Vorgaben und Handlungsanweisungen handeln der Stadtrat und das Kommando und erarbeiten die diesbezüglichen Entscheidungsgrundlagen?  
Wann schliesslich wird das besetzte Areal Binz geräumt?

Mitteilung an den Stadtrat

### 3690. 2013/78

#### **Dringliche Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP), Tamara Lauber (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013: Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, künftiges Betriebskonzept sowie Auswirkung auf die Zuteilungskontingente**

Von Marc Bourgeois (FDP), Tamara Lauber (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat informierte am 1. Februar zusammen mit Vertretern des Bundesamtes für Migration über das geplante temporäre Bundesverfahrenszentrum auf dem Duttweiler-Areal.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Offensichtlich hat sich der Stadtrat aktiv um dieses geplante Zentrum bemüht. Was waren seine Überlegungen hierzu?
2. War die AOZ in irgendeiner Form in diese Überlegungen involviert und spielten Überlegungen zur künftigen Auslastung der AOZ eine Rolle? Wenn ja, welche?
3. Wird sich die AOZ um den Betrieb dieses Zentrums im Auftrag des Bundes bemühen? Soll damit ein absehbarer Einbruch ihrer Betreuungsleistungen verhindert und ihr Auftragsvolumen gesichert werden?
4. Wie würde gegebenenfalls von unabhängiger Seite sichergestellt, dass in einem allfälligen Angebot der AOZ zum Betrieb dieses Zentrums sämtliche Kosten inkl. zentraler Leistungen enthalten sind, um Quersubventionen und somit die Benachteiligung privater Mitbewerber zu verhindern?
5. Bei einer erfolgreichen Umsetzung der schnelleren Asylverfahren ist mit einer tieferen Zahl von im Land anwesenden Asylsuchenden und folglich mit tieferen Zuteilungsquoten zu den einzelnen Gemeinden zu rechnen. Wird die Stadt Zürich bei einer solchen Entwicklung aufgrund dieses neuen Zentrums relativ zu anderen Gemeinden überproportional viele Asylbewerber aufnehmen müssen, oder wird die Gesamtzahl der in der Stadt Zürich untergebrachten Asylbewerber proportional nach unten

korrigiert, was für die Zahl der übrigen, von der AOZ betreuten Asylsuchenden eine überproportionale Schrumpfung zur Folge hätte?

6. Auf welche Durchgangszentren und Asylunterkünfte kann in Zukunft verzichtet werden, wenn durch die Anrechnung ans Gesamtkontingent weniger Asylbewerber in anderen Verfahrensphasen aufgenommen werden müssen?
7. Die AOZ wird künftig rund einen Viertel weniger Asylsuchende auf Kosten der Stadt betreuen müssen. Weshalb wird durch das geplante Zentrum nur CHF 1 Mio. eingespart und nicht ungefähr ein Viertel der gesamten städtischen Auslagen für Unterkunft, Betreuung und Sicherheit (auch ausserhalb der Zentren) im Rahmen des Asylwesens? Welche Konten sind von den geplanten Einsparungen betroffen?
8. Alternativ könnte die Fläche für eine Konzentration der städtischen Verwaltung genutzt oder das Land einer Wohn- und Gewerbenutzung zugeführt werden. Hat der Stadtrat die eingesparte Mio. mit diesen beiden Alternativen verglichen? Falls ja, wie hoch wären die Einsparungen bzw. Mehrerträge bei anderen Nutzungen? Falls nein, wieso nicht, und worauf beruhen dann die von ihm berechneten Einsparungen?

Mitteilung an den Stadtrat

### 3691. 2013/79

#### **Dringliche Schriftliche Anfrage von Tamara Lauber (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2013: Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Sicherheitsdispositiv sowie Kriterien für den Weiterbetrieb nach der Testphase**

Von Tamara Lauber (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 6. März 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat informierte am 1. Februar zusammen mit Vertretern des Bundesamtes für Migration über das geplante temporäre Bundesverfahrenszentrum auf dem Duttweiler-Areal, das erste seiner Art in der Schweiz. Mit den neuen Bundesverfahrenszentren sollen die Asylverfahren beschleunigt werden, was zu begrüßen ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Dem Vernehmen nach ist ein zwei Jahre dauernder Testbetrieb geplant. Welche genauen Kriterien müssen erfüllt sein, damit das Zentrum nach dieser Phase weiter betrieben wird? Was geschieht mit dem Zentrum, wenn diese Kriterien nicht erfüllt werden?
2. Nach Auskunft des Stadtrates wird das Bundeszentrum befristet für 15 Jahre erstellt. Kann eine Verlängerung des Mietvertrages mit Sicherheit ausgeschlossen werden? Was sehen die vertraglichen Vereinbarungen im Einzelnen vor, und können diese eingesehen werden?
3. Die Standortwahl folgte keinem demokratischen Prozess und unter Ausschluss der betroffenen Anwohner und Betriebe. Diese wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Wie werden die Betroffenen und die Interessengruppierungen künftig in die Entwicklung des Sicherheitskonzepts einbezogen?
4. Welches Sicherheitsdispositiv sieht der Stadtrat vor, um ausserhalb des Zentrums zusätzliche Kriminalität zu unterbinden? Welche zusätzliche Belastung wird im erweiterten Quartier erwartet, und wie können sich die Anwohner dagegen wehren?
5. Kann der Stadtrat die angekündigte Ausgangssperre zwischen 17.00 und 09.00 Uhr verbindlich garantieren? Obliegt deren Festsetzung und Umsetzung einzig dem Bund oder besteht für die Stadt theoretisch die Möglichkeit, diese und andere zugesicherte Regelungen langfristig aufzuweichen?
6. Gilt diese Ausgangssperre auch am Wochenende?
7. Welche zusätzlichen, nicht vom Bund gedeckten Kosten sind für die Sicherheitsaufwendungen ausserhalb des Zentrums zu erwarten?

Mitteilung an den Stadtrat

**3692. 2013/80****Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 06.03.2013:  
Ergebnisse und Massnahmenempfehlungen des ÖV-Tests 2012 für Zürich**

Von Simone Brander (SP) ist am 6. März 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im September 2012 hat die Umweltorganisation umverkehrR die Resultate des dritten öV-Tests veröffentlicht. Im ÖV-Test werden die Angebote von 53 Schweizer Städten und Agglomerationen einer umfassenden Prüfung unterzogen und konkrete Massnahmen zur Verbesserung aufgezeigt. Am besten schnitten Zürich und St. Gallen ab. Trotzdem wurde auch für die Stadt Zürich Verbesserungsbedarf eruiert.

Deshalb stellen sich folgende Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von den Ergebnissen und den Massnahmenempfehlungen des öV-Tests 2012 für die Stadt Zürich?
2. Der öV-Test hat ergeben, dass die Signalisation bei der Sihlpost verbessert werden könnte. Die Signalisation im Bahnhof zur Haltestelle Sihlpost ist heute gut. Aber ab Ausgang Bahnhof fehlt die Signalisation komplett. Es gibt jedoch ein Schild, dass Leute ohne Ortskenntnisse in Richtung Bahnhofplatz (und somit in die falsche Richtung) weist. Sieht der Stadtrat hier Handlungsbedarf, um die Signalisation vom Bahnhof zur Haltestelle Sihlpost zu verbessern?
3. Der öV-Test hat ergeben, dass die Signalisation am Escher-Wyss-Platz zwischen den Bus- und Tramhaltestellen mangelhaft ist (besonders schlecht ist die Signalisation der Bushaltestellen von der Limmatstrasse aus). Sieht der Stadtrat hier Handlungsbedarf, um die Signalisation zwischen Bus- und Tramhaltestellen zu verbessern und so das Umsteigen zu erleichtern?

Mitteilung an den Stadtrat

**3693. 2013/81****Schriftliche Anfrage von Irene Bernhard (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) vom  
06.03.2013:  
Privater Kinderhütedienst im Seefeld, Auflagen und Qualitätskriterien der Stadt**

Von Irene Bernhard (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) ist am 6. März 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Seefeld wird ein seit 23 Jahren bestehender, auf privater Initiative beruhender Kinderhütedienst angeboten, welcher an Flexibilität wohl einmalig ist in der Stadt und entsprechend einem sehr grossen Bedürfnis entspricht.

Wir bitten den Stadtrat daher zu erläutern:

1. Weshalb ein Kinderhütedienst, der gemäss unbestrittenen Angaben nie mehr als 5 Kinder regelmässig den ganzen Tag über mehrere Wochen hütet, trotz klarer Regelung in den Krippenrichtlinien (Art.1 Richtlinien über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 6. Dezember 2012) als Krippe eingestuft wird;
2. Worin das öffentliche Interesse besteht, ein privates Angebot mittels Auflagen mit markanter Kostenfolge zu behindern und damit die Wirtschaftsfreiheit zu tangieren, wenn sowohl die für ihre Kinder verantwortlichen Eltern als auch die Kinder (als auch die Krippenaufsicht) die Qualität des Kinderhütedienstes anscheinend in keiner Art und Weise beanstanden;
3. Weshalb er entsprechend die Eigenverantwortung der Eltern derart gering schätzt;
4. Wie die Aussage von Peter Walter, Leiter der Zürcher Krippenaufsicht in der NZZ vom Samstag, 2. März 2013 zu verstehen ist, wo er der heutigen Betreiberin des Kinderhütedienstes quasi droht, dass "sich eine andere Trägerschaft (finde), die den Betrieb in den gleichen Räumlichkeiten fortsetze und das Personal sowie die Kinder übernehme", sofern sich die heutige Betreiberin nicht den strikten Auflagen (und den entsprechenden damit verbundenen Kosten) fügen wolle, die für den Betrieb einer Kinderkrippe notwendig seien (sinngemäss);
5. Ob die Stadt Auflagen für den Betrieb von Krippen und/oder Kinderhütediensten macht, die über die kantonalen Vorgaben hinausgehen;

6. Wenn ja: Bitte um Auflistung;
7. Wenn ja: Wäre der Stadtrat bereit, diese abzubauen respektive abzuschaffen;
8. Ob es denkbar wäre, dass Kinderhütendienste generell mit weniger strikten Auflagen als dies für Krippen der Fall ist, betrieben werden können?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**3694. 2010/175**  
**SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Alain Kessler (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 4. März 2013):

Martin Bürki (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**3695. 2012/462**  
**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 05.12.2012:**  
**Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren, insbesondere für schulische Umbauten**

Mario Mariani (CVP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**3696. 2013/24**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Cécilia Hänni-Etter (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 23.01.2013:**  
**Sanierung der Albisriederstrasse, Auswirkungen der Sperrung sowie geplante flankierende Massnahmen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 147 vom 27. Februar 2013).

**3697. 2012/141**  
**Weisung vom 04.04.2012:**  
**ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Mio. Franken**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 3. März 2013 über folgende Vorlage entschieden:

2012/141 Weisung vom 04.04.2012:

Bau einer zentralen Klärschlammverwertungsanlage auf dem Areal Werdhölzli, Objektkredit von 68 Millionen Franken

87 609 Ja      5617 Nein

**3698. 2012/112**

**Weisung vom 21.03.2012:**

**Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 3. März 2013 über folgende Vorlage entschieden:

2012/112 Weisung vom 21.03.2012:

Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung

79 226 Ja      9309 Nein

**3699. 2011/16**

**Weisung vom 01.02.2012:**

**Volksinitiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!», Umsetzung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 3. März 2013 über folgende Vorlage entschieden:

2011/16 Weisung vom 01.02.2012:

Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Grundkapital von 80 Millionen Franken (Umsetzung einer Volksinitiative)

69 498 Ja      22 850 Nein

Nächste Sitzung: 13. März 2013, 17 Uhr.